

Saekel, Rüdiger

Article — Digitized Version

Statistische Voraussetzungen einer aktiven Strukturpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Saekel, Rüdiger (1977) : Statistische Voraussetzungen einer aktiven Strukturpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 302-307

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135082>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Statistische Voraussetzungen einer aktiven Strukturpolitik

Rüdiger Saekel, Bonn

Die Dringlichkeit, der Strukturpolitik zukünftig mehr Beachtung zu schenken, ist in den letzten Jahren von Wissenschaftlern, Gewerkschaften, Politikern, wissenschaftlich-politischen Gremien und jüngst den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anerkannt worden. Angesichts der Fülle der Strukturprobleme in der Bundesrepublik¹⁾ ist die vielstimmige Forderung nach einer vorausschauenden Strukturpolitik nur zu verständlich. So hat das Bundesministerium für Wirtschaft fünf Wirtschaftsforschungsinstitute beauftragt, statistische Vorarbeiten zu leisten, auf denen aufbauend zukünftig regelmäßig Strukturberichte erstellt werden sollen. Mit den statistischen Erfordernissen einer aktiven Strukturpolitik befaßt sich auch der folgende Beitrag.

Da die derzeitige unkoordinierte Branchenstrukturpolitik mehr Probleme schafft, als sie löst, ist es nötig, die konzeptlose, widersprüchliche, nachträglich korrigierende, weitgehend (unbewußt) selektive, jedoch nicht an klaren Kriterien orientierte und zusehends teurer sowie ineffizienter werdende Anpassungspolitik neu zu durchdenken. Damit wird die Nützlichkeit mikroökonomischer Anpassungspolitik prinzipiell nicht verneint, nur muß sie von ihren Schwächen befreit werden. Sie darf nicht mehr so stark erhaltenden und teilweise auch protektionistischen Charakter²⁾ haben, sondern muß stärker den inländischen Zielen „Anpassung“ und „Zukunftssicherung“³⁾ sowie dem weltwirtschaftlichen Ziel „Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung“ (Nord-Süd-Konflikt, Rohstoffprobleme) verpflichtet werden. Weil der Anpassungsbedarf der Wirtschaft um so geringer ist, je transparenter die künftige Entwicklung ist, wird dafür votiert, den voraussichtlichen Strukturwandel, sei er außenwirtschaftlich oder inländisch bedingt, möglichst zu antizipieren und rechtzeitig, d. h. vor Eintritt krisenhafter Erscheinungen, Vorsorge ge-

gen unerwünschte Entwicklungen zu treffen (anti zypative Anpassungspolitik).

Mikroökonomische Anpassungspolitik trägt jedoch wenig zur Lösung der volkswirtschaftlichen Allokationsprobleme bei. Sie vernachlässigt die „logisch vorangehende Frage nach der Qualität der aus dem Marktprozeß hervorgehenden Faktorallokation und Nachfragestruktur“⁴⁾. Wenn eine qualitative Wachstumsstrategie verfolgt werden soll, muß der Staat auch klare Strukturziele setzen: z. B. Umweltstandards, Infrastrukturstandards, Regionalstandards etc. Die Steuerung der Wirtschaft kann nicht allein dem Koordinationsmechanismus der Märkte überlassen bleiben⁵⁾, sie bedarf der Ergänzung durch eine indikative gesamtwirtschaftliche Rahmensteuerung. In praxi wird dieser Forderung zwar seit langem entsprochen, indem die öffentlichen Hände die Investitionsmotive der Unternehmer mit Ge- und Verboten, Zinssätzen, Steuern, Subventionen, Regionalpolitik, Infrastruk-

1) Siehe hierzu vor allem Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel: *Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1977; sowie V. Hauff, F. W. Scharpf: *Modernisierung der Volkswirtschaft, Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Frankfurt/M., Köln 1975.

2) Siehe hierzu z. B. J. Donges, G. Fels, A. D. Neu u. a. *Protektion und Branchenstruktur der Westdeutschen Wirtschaft*, Kieler Studien 123, Tübingen 1973; G. Fels, H. H. Glismann: *Adjustment Policy in the German Manufacturing Sector*, o. O., 1974 (Manuskript).

3) Diese Ziele entstammen den Grundsätzen der sektoralen Strukturpolitik 1968, BT-Drucksache V/2469, und dem Strukturbericht der Bundesregierung 1969, BT-Drucksache V/4564.

4) Vgl. W. Lamberts: *Strukturpolitik als Politik des Datenkranzes*, in: *RWI-Mitteilungen* 3, 1973, S. 182.

5) Vgl. S. Klatt: *Die Problematik einer Steuerung des Strukturwandels der Wirtschaft*, in: *Strukturwandel und makroökonomische Steuerung*, Festschrift für F. Voigt, Berlin 1975, S. 27.

Rüdiger Saekel, 36, Dipl.-Volkswirt, ist seit Anfang 1977 Hilfsreferent im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Zuvor beschäftigte er sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel mit den Arbeitsgebieten Wachstumspolitik, regionale und sektorale Strukturpolitik sowie Raumordnung.

turpolitik, öffentlichen Unternehmen etc. beeinflussen. Woran es der staatlichen „Politik des Datenkranzes“ jedoch fehlt, ist

eine systematische, aufeinander abgestimmte Planung der vielfältigen, heute bereits vorgenommenen direkten und indirekten Interventionen aller staatlichen Ebenen,

ihre langfristige Orientierung, um kurzfristige, abrupte Änderungen der Rahmenbedingungen – bisher die Regel – zu verhindern und die Folgewirkungen getroffener Maßnahmen (Agrarpolitik, Energiepolitik, Arbeitsmarktpolitik, Handelspolitik) besser zu durchdenken, sowie

der Wille, Rahmenbedingungen, die sich als überholt oder falsch erwiesen haben, zu ändern. Denn stets, wenn Rahmenbedingungen unter allen Umständen konstant gehalten wurden (Wechselkurse, Natur als freies Gut, Agrarsystem, disperse Siedlungsstruktur als raumordnungspolitische Handlungsmaxime), führte dies zu verzerrten Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen und zu Anpassungsproblemen, die bei rechtzeitiger Änderung der Rahmenbedingungen wahrscheinlich hätten vermieden werden können.

Allgemeine Anforderungen

Harmonisierung, Koordination, langfristige Orientierung und „Transparenz der (staatlichen) Rahmenbedingungen in bezug auf deren Veränderungstendenzen“⁶⁾ sind somit mit der Forderung nach Ergänzung der Marktkräfte, mit indikativer gesamtwirtschaftlicher Rahmensteuerung, gemeint. Dazu bedarf es allerdings einer Verbesserung des strukturstatistischen Diagnose- und Prognoseinstrumentariums. Die Hauptmängel der gegenwärtigen Strukturstatistik sind:

Der Datenstrom ist weniger problemadäquat als im Bereich der Konjunkturstatistik, da die strukturstatistischen Informationen nicht den heutigen Wirtschaftsstrukturen entsprechen. So existiert zwar eine hoch entwickelte Agrarstatistik⁷⁾, aber Daten über zukunftsträchtige Bereiche innerhalb des sekundären Sektors fehlen ebenso wie Informationen über den Tertiärsektor, in dem 1985 die Hälfte aller Beschäftigten tätig sein wird. Hier bringt auch das neue Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe nur wenig Besserung.

Die Strukturstatistik ist bei weitem nicht so aktuell wie die Konjunkturstatistik. Die Konjunkturdaten hinken etwa vier bis sechs Wochen hinter der Entwicklung her, die Strukturdaten oft mehrere Jahre.

⁶⁾ Vgl. D. Schröder: Standortplanung und Raumordnungspolitik, o. O., März 1974, S. 22 (Manuskript).

⁷⁾ Zu diesem Wirtschaftsbereich, der negative Beiträge zum Sozialprodukt erbringt, vgl. R. Saekel: Agrarpolitik wohin?, in: *structur*, H. 7, 1976, S. 161.

Ausgangspunkt für statistische Verbesserungsvorschläge muß erstens das Prinzip sein, trotz Erhebungsänderungen die Vergleichbarkeit früherer und zukünftiger Zahlenreihen zu gewährleisten. Zweitens sollte die Aufbereitung bereits vorhandener Daten Vorrang vor der Erhebung neuer Daten haben. Es ist unbefriedigend, daß ein großer Teil der bei jährlichen Statistiken ermittelten Daten erst 12 bis 20 Monate nach dem Berichtsjahr vorliegt. Das Gros der Ergebnisse aus den nur mehrjährig durchgeführten Strukturhebungen liegt häufig sogar erst drei Jahre nach dem Berichtszeitraum vor.

Verbesserungsbedürftig ist drittens auch die Elastizität der deutschen Wirtschaftsstatistik. In der Bundesrepublik Deutschland bedarf jede Befragung im Rahmen einer Bundesstatistik laut Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke von 1953 (Statistikgesetz) einer besonderen gesetzlichen Grundlage. Dies gilt auch für geringfügige Erhebungen und Statistiken auf freiwilliger Grundlage. Deshalb wird – Szameitat folgend – vorgeschlagen, ähnlich wie in den meisten anderen Industrieländern zu verfahren und das Statistikgesetz dahingehend zu ändern, daß unter bestimmten, relativ stark eingegrenzten Voraussetzungen die Möglichkeit zu Ad-hoc-Befragungen, z. B. durch Beschluß der Bundesregierung, eröffnet wird⁸⁾.

Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter sollten stärker zu Dienstleistungsanbietern von Daten ausgebaut werden und zu diesem Zweck ein Datenbank-Verbundsystem errichten⁹⁾. Beispielsweise könnten wissenschaftliche Institute die Möglichkeit erhalten, Regressionen mit Hilfe von Urzahlen vom Bundesamt durchspielen zu lassen. Für analytische und prognostische Zwecke könnten von den Ämtern Daten sektoral und regional aufbereitet werden. Da nur die Aggregationen gewünschter statistischer Ziffern interessieren, brauchten die Geheimhaltungsvorschriften nicht verletzt zu werden.

Es ist nicht erforderlich, das gesamte aufbereitete Material zu veröffentlichen. Wichtig ist lediglich, daß jeder Interessierte Zugang zu den Daten hat. Dies muß insbesondere auch für den Bund gelten, der häufig keinen Zugriff auf Länderdaten hat¹⁰⁾.

Parallel zu Bemühungen, die Strukturstatistik zu verbessern, müßte eine konsequente Durchforstung

⁸⁾ Vgl. K. Szameitat: Zur Aktualisierung der Wirtschaftsstatistik, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 51. Bd., 1967, S. 214.

⁹⁾ Vgl. R. Jochimsen u. a.: Grundfragen einer zusammenfassenden Darstellung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen, Forschungsbericht für das Bundesministerium des Innern, Bonn 1972, S. 28.

¹⁰⁾ Als Vorbild kann hier die Reorganisation der Statistik in den USA und Schweden gelten. Beide Länder streben bei starker Einschränkung des Veröffentlichungsprogramms einen vereinfachten Zugang zu den nicht veröffentlichten Daten an. Vgl. R. Jochimsen u. a., a. a. O., S. 27.

der bestehenden Wirtschaftsstatistiken mit dem Ziel erfolgen, überflüssige Erhebungen abzubauen. Vor allem die Agrarstatistik sollte hier Ansätze bieten.

Ausdehnung auf den Dienstleistungssektor

Eine besonders wichtige strukturstatistische Aufgabe besteht darin, Elemente der Industriestatistik auf den Dienstleistungssektor zu übertragen. Die jährliche, zum Teil monatlich berichtende Wirtschaftsstatistik beschränkt sich bisher auf die Industrie. Da sich seit 1970 auch in der Bundesrepublik der Trend zum Dienstleistungssektor durchgesetzt hat und dieser Bereich bis 1985 wahrscheinlich zum dominierenden Wirtschaftssektor geworden ist, nimmt das Informationsbedürfnis für Dienstleistungsbetriebe zu. Im Gegensatz zur Industrie wird die Entwicklung in den übrigen Wirtschaftszweigen nur in 10jährigem Abstand anhand vergleichsweise weniger Merkmale ermittelt. Mit dem neuen Gesetz über die „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ wird die Industriestatistik zwar zu einer Statistik des warenproduzierenden Gewerbes erweitert, jedoch bleibt der Tertiärsektor (Handel, Verkehr/Nachrichten, Kredit/Versicherung, private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Staat) davon unberührt. Deshalb ist es nötig, die jährliche Industriestatistik auf die Tertiärsektoren auszudehnen. Ein wichtiges Problem ist dabei die Abschneidegrenze. Im warenproduzierenden Gewerbe werden zukünftig Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erhoben. Dadurch wird in der Industrie noch ein repräsentatives Bild erreicht. Für den Tertiärbereich wäre bei dieser Abschneidegrenze keine Repräsentativität gewährleistet, da kleinere Betriebe hier ein größeres Gewicht besitzen. Deshalb sollte eine Abschneidegrenze von zehn und mehr Beschäftigten erwogen werden ¹¹⁾.

Da die staatlichen Aktivitäten in Zukunft bewußter dazu eingesetzt werden sollten, den Strukturwandel zu gestalten (qualitatives Wachstum), ist es nötig, die Statistik der öffentlichen Ausgaben der verschiedenen staatlichen Ebenen eindeutig nach Infrastrukturbereichen zu gliedern ¹²⁾. Wichtig sind z. B. Investitionen, Löhne, Gehälter und Sachausgaben für Schulen/Universitäten, Krankenhäuser, Kläranlagen. Dabei sollten Folgekosten investiver Ausgaben, z. B. Lehrer für Schulen und Ärzte für Krankenhäuser, zwar getrennt ausgewiesen, aber den Investitionen zugeschlagen werden. Desgleichen ist es wichtig, für aktuellere Infrastrukturstatistiken, möglichst in gemeindescharfer Abgren-

zung, zu sorgen. Gegenwärtig muß die Infrastrukturpolitik häufig noch auf die Datenbasis 1969/1970 zurückgreifen.

Ein Mangel der gegenwärtigen Wirtschaftsstatistik liegt darin, daß wichtige strukturpolitische Kennziffern (Vorleistungen, Wertschöpfung, Vorratsveränderungen, Anlageinvestitionen, Kostenstruktur) nur für hauptbeteiligte Industriegruppen und -zweige erhoben werden ¹³⁾. Da es sich bei der Aufbereitung nach hauptbeteiligten Industriegruppen und -zweigen um sehr heterogenes Material handelt ¹⁴⁾, ist für eine aktive, vorausschauende Strukturpolitik wenigstens eine Erhebung und Auswertung nach dem Prinzip beteiligter Industriegruppen und -zweige zu fordern ¹⁵⁾.

Stärkere Disaggregation

Grundsätzlich ist unter den Gesichtspunkten „qualitatives Wachstum“ und „aktive, vorausschauende Strukturpolitik“ folgende allgemeine Tiefengliederung der Entstehungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wünschenswert:

- Sektoren, die Produktionskapazitäten für Infrastrukturen bereitstellen (Hoch-, Tiefbau, Verkehrssysteme),
- Sektoren, die überwiegend für den Staat produzieren,
- Sektoren, die hohe öffentliche Investitionen voraussetzen oder nach sich ziehen,
- Sektoren, die zu stark umweltbelastet sind,
- Sektoren, die Zukunftsindustrien repräsentieren oder Engpaßcharakter besitzen (Rohstoffe, Energie), d. h. für die gesamte Produktion unverzichtbar sind,
- Sektoren, die einen hohen Bedarf an wichtigen, nicht substituierbaren Ressourcen (Boden, Wasser) haben (Standortkonflikte zwischen Industrie, Landwirtschaft, Erholung, ökologischem Ausgleichsgebiet),
- Sektoren, die durch den außenwirtschaftlichen Wandel besonders gefährdet sind,
- Sektoren, in denen permanent die Gefahr von Überkapazitätsbildung existiert (oligopolistische Märkte mit homogener Massengüterfertigung),
- Sektoren mit Sättigungstendenzen.

Die bisher in der offiziellen Statistik und Wirtschaftsforschung angewandte Disaggregation

¹³⁾ Lediglich die Indikatoren „Umsätze“ und „Beschäftigte“ werden nach beteiligten Industriegruppen erhoben.

¹⁴⁾ Vgl. hierzu H. G. Susser: Untersuchungen zur Homogenität und Heterogenität der Industrieunternehmen, in: Wirtschaft und Statistik, 1970, S. 497 ff.

¹⁵⁾ Vgl. J. H. Müller u. a.: Statistische Grundlagen der Industriepolitik, Forschungsbericht für das Bundesministerium für Wirtschaft, Freiburg 1971, S. 79.

¹¹⁾ Vgl. D. Schröder, D. Franzen: Ansätze zu einem System der Regionalstatistik für die Zwecke der Raumordnungspolitik, Studie für das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Basel 1974, S. 106.

¹²⁾ Vgl. ebenda, S. 100.

entspricht diesen Bedürfnissen noch nicht. Allerdings bringt die im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe erarbeitete SYPRO-Klassifikation (Systematik der Statistik im Produzierenden Gewerbe) für einige Bereiche bereits Verbesserungen, da sie die besonders heterogenen Wirtschaftszweige Chemische Industrie in sieben, den Maschinenbau in neun und den Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik in jeweils acht Industriezweige unterteilt.

Ausbau der Input-Output-Rechnung

Da man unter Struktur allgemein „das Verhältnis der Teile eines Ganzen“ und unter Strukturwandel „Verschiebungen in der Proportion der Komponenten“ versteht, ist die Input-Output-Rechnung das wichtigste Instrument für strukturpolitische Analysen, und diese sind wiederum unerläßliche Voraussetzung für die Konzipierung einer weniger widersprüchlichen Strukturpolitik¹⁶⁾. Unverzichtbar ist die Input-Output-Rechnung für strukturpolitische Simulationsrechnungen wirtschaftspolitischer Entscheidungen, Konsistenzprüfungen und die Ermittlung indirekter Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Ihre Einsatzmöglichkeiten erstrecken sich dabei u. a. auf sektorale, arbeitsmarktpolitische, umweltpolitische, preispolitische und Rohstoffprobleme. Besonders geeignet ist sie ferner für Sensitivitätsanalysen, mittels derer die Ursachen von Strukturänderungen aufgezeigt werden können. Diese Analysen gilt es zu initiieren, da sie bislang stark vernachlässigt wurden. Die Möglichkeiten der Input-Output-Rechnung sind allerdings erst dann voll zu nutzen, wenn aktuellere und stärker als bisher disaggregierte Input-Output-Tabellen vorliegen. Sie sollten – wie vom Statistischen Bundesamt geplant – jährlich erstellt werden. Leider ist die 1970-Tabelle bisher noch immer nicht veröffentlicht, so daß eine erste Forderung darin besteht, die Erstellungsphasen jährlicher Tabellen erheblich zu verkürzen. Selbst wenn über drei bis fünf Jahre die Koeffizienten relativ stabil bleiben, ist nicht einzusehen, daß die Entwicklung jährlicher Input-Output-Tabellen einen Zeitbedarf von mehr als sechs Jahren benötigt.

Vordringlich ist es, eine jährlich fortgeschriebene, aktuelle Grundtabelle zu haben und diese dann – je nach Problemstellung – von Fall zu Fall zu erweitern. Wirtschaftspolitisch besonders wichtige und in ihrer Zusammensetzung besonders heterogene Branchen sollten allerdings stärker untergliedert werden, denn der Strukturwandel spielt sich in der Regel auf der Ebene von Subbranchen ab. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die größ-

ten Verflechtungstabellen der Bundesrepublik Deutschland nur 60 Gütergruppen (Statistisches Bundesamt) bzw. 56 Sektoren (DIW) umfassen und die USA Tabellen mit 400 bis 500 Sektoren kennen, in der Regel aber mit 134¹⁷⁾ bzw. 185¹⁸⁾ Sektoren arbeiten, wird deutlich, wie stark die Tiefengliederung noch verbessert werden kann.

Zweigleisiges Vorgehen

Optimal wäre es, bei der Disaggregation der Tabellen zweigleisig vorzugehen:

Um möglichst homogene Produktgruppen zu erhalten, sollte die funktionell, gütergruppenbezogen abgegrenzte Tabelle des Statistischen Bundesamtes (Produktionsverflechtungstabelle, die eine Relation zwischen Verbrauch und Produktion herstellt) mit derzeit 60 Gütergruppen (geplant 100) wesentlich erweitert werden. Wie weit, muß genaueren Analysen vorbehalten bleiben.

Zusätzlich müßte eine institutionell abgegrenzte, tiefer als bisher untergliederte Tabelle erstellt werden (Marktverflechtungstabelle, die eine Relation zwischen Bezug und Lieferung von Gütern herstellt), um global und sektoral mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmt werden zu können.

Gelingt es, die Gütergruppen so zu bilden, daß sich die tiefer gegliederten funktionell abgegrenzten Bereiche mit den stärker aggregierten institutionell abgegrenzten Sektoren der Entstehungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergänzen, so könnten die Vorteile beider Verfahren bei der Tabellenerstellung für die strukturpolitische Auswertung nutzbar gemacht werden.

Die Verantwortung für die Strukturpolitik liegt weitgehend auf Länderebene (Landesentwicklungs politik, Infrastrukturpolitik). Deshalb wäre zu erwägen, nicht nur regelmäßige nationale Input-Output-Tabellen, sondern auch länderweise aggregierte Tabellen zu erstellen. Diese müßten – im Gegensatz zu den meisten heute bestehenden – voll in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung integriert werden und stärker als bisher auf originäre Daten zurückgreifen können. Wegen der weitgehend fehlenden regionalstatistischen Informationen und des hohen Aufwands verbieten sich hier jährliche Tabellen. Es könnte aber an einen Erstellungsrhythmus von fünf Jahren gedacht werden, da die wichtigsten Grunddaten in diesen Zeitspannen erhoben werden¹⁹⁾

¹⁷⁾ Vgl. US Department of Labor, Bureau of Labor Statistics: The Structure of the US Economy in 1980 and 1985, Washington 1975, Bulletin 1831.

¹⁸⁾ Vgl. C. A l m o n, Jr., u. a.: 1985: Interindustry Forecasts of the American Economy, Lexington, Toronto, London 1974.

¹⁹⁾ Vgl. H. S p e h l: Regionale und multiregionale Input-Output-Rechnung, dargestellt am Beispiel des Landes Hessen, Münster 1971, S. 87.

¹⁶⁾ Vgl. E. K a n t z e n b a c h: Einzel-, Struktur- und Niveausteuerung der Wirtschaft in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Zur Systematik der Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 11. Jg., Tübingen 1966, S. 71 ff.

und die Koeffizienten innerhalb dieser Zeit relativ konstant bleiben.

Nach Meinung vieler Experten ist die Input-Output-Rechnung für längerfristige Prognosen nur bedingt brauchbar. Die Schwierigkeit besteht darin, daß sich die Koeffizienten langfristig ändern²⁰⁾. Deshalb kommt es darauf an, die Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu ermitteln und die dort vor sich gehenden Produktionsänderungen vorzuschätzen sowie Schätzungen der sektoralen Endnachfrage vorzunehmen. Liegen für mehrere Zeitabschnitte Tabellen vor, ist dieses Problem über statistische Schätzfunktionen durchaus zu lösen. Eine Alternative dazu stellt das Verfahren des „technological forecasting“ dar. Interessant ist in diesem Zusammenhang das Experiment des Arbeitskreises „Langfristprognose“ beim DIW in Berlin. Seit 1969 versucht das Institut mit Experten aus 14 deutschen Großunternehmen, die über fundierte Branchenkenntnisse verfügen, Projektionen von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland bis 1985 zu erarbeiten²¹⁾. Dieses Experiment sollte sorgfältig ausgewertet werden. Bei einem Gelingen der Arbeit sollte geprüft werden, wie der derzeitige Nachteil der Privatisierung der Ergebnisse (die erarbeiteten 56-Sektoren-Tabellen für 1980 und 1985 dürfen nur in stark aggregierter Form veröffentlicht werden) zukünftig vermieden werden kann.

Regionalstatistische Aspekte

Unter regionalstatistischem Aspekt ist vor allem zu fordern, daß die Statistischen Landesämter Erhebung, Aufbereitung und Veröffentlichung bestimmter Statistiken vereinheitlichen und mittels EDV-Anlage aufbereiten können. So ist das Mindestveröffentlichungsprogramm der Statistischen Landesämter für die Volks- und Berufszählungen einheitlich. Für andere Statistiken (z. B. die Pendlerstatistik) gilt die Bundeseinheitlichkeit nicht. Auch hinsichtlich der Tiefe der regionalen Gliederung weichen die Statistiken länderspezifisch stark voneinander ab. Dies ist zu beheben.

Zahlen der laufenden Erhebungen zur Wirtschaftsstruktur sind in der Regel großräumiger gegliedert als das Datenmaterial über Bestandsgrößen wie Bevölkerung und Beschäftigung. Von den Daten der Bruttoinlandsproduktsrechnungen für die Länder und Kreise abgesehen, fehlen vor allem Angaben über Stromgrößen wie Konsum, Ersparnis, Investition, interregionaler Import und Export,

Subventions- und Transferzahlungen²²⁾. Auch die Sektorengliederung in nur vier Bereiche (Landwirtschaft, warenproduzierendes Gewerbe, Handel/Verkehr und übrige Dienstleistungen) ist für regionalpolitische Fragen oberhalb der Kreisebene nicht ausreichend und sollte erweitert werden.

Eine antizipative Anpassungspolitik impliziert in regionaler Hinsicht eine stärker selektiv fördernde Regional- und Arbeitsmarktpolitik²³⁾. Neben Indikatoren über Branchen und Subbranchen müssen dazu auch betriebswirtschaftliche Kennziffern zu Verfügung stehen, denn in jeder gefährdeten Branche gibt es Unternehmen, die sich auch langfristig im Wettbewerb behaupten werden und damit – unter Ansiedlungs- und (qualitativen) Arbeitsmarktgesichtspunkten – auch förderungswürdig sind. Es sollten deshalb Daten über branchenmäßig gegliederte betriebswirtschaftliche Kosten Ertragsrelationen wie Gewinnrate, „cash flow“ usw. erhoben werden²⁴⁾. Die dazu nötige Umwandlung der freiwilligen Statistik der kalkulatorischen Abschreibungen zu einer obligatorischen Statistik wird durch das neue Gesetz über die Statistik in Produzierenden Gewerbe ermöglicht.

Um langfristig ein Vollbeschäftigung sicherndes Wachstum zu erzielen, eine qualitative Verbesserung der Lebensbedingungen zu erreichen und international wettbewerbsfähig zu bleiben, muß das westdeutsche Produktionsassortiment allmählich und planvoll umstrukturiert werden. Bewußte technologische Anstrengungen sind nötig, um qualitative (Struktur-)Ziele zu erreichen. Die Devise lautet: weg von einfachen, rohstoff- und arbeitsintensiven Produkten und hin zu anspruchsvollen, kapital- und forschungsintensiven, rohstoffsparender, umweltfreundlichen Produkten, die hochqualifizierte Facharbeiter und wissenschaftlich geschultes Management erfordern.

Verbesserte Investitionsinformationen

Da Investitionen der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sind, kommt ihnen im Konzept einer vorausschauenden Strukturpolitik eine zentrale Bedeutung zu. Großer Mangel herrscht an Informationen über geplante Investitionen. Deshalb wird vorgeschlagen, jährlich oder halbjährlich die geplanten Investitionen nach Volumen, Kapazitätseffekt, Kosten, Arbeitsplätzen, Standort, Umweltbelastung, Bestimmungsgrund (Erweiterung, Ratic

20) Eine Tatsache, auf die besonders hinweist K. Kübler: Ein disaggregiertes Prognosesystem für die BRD, 2. Die Unternehmenssektoren, Meisenheim am Glan 1977.

21) Ein Ergebnis dieses Arbeitskreises ist die Studie von J. P. Weiß: Projektion von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1980 und 1985, Schriftenreihe der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 129, Göttingen 1976.

22) Vgl. R. Jochimsen u. a., a. a. O., S. 29.

23) Einen operationalisierten Kriterienkatalog dazu hat das IA bereits entwickelt. Vgl. A. Ernst: Arbeitsmarktpolitische Prioritäten für die regionale Wirtschaftsförderung, in: Mitt AB 3/7 S. 222; Bundesanstalt für Arbeit: Überlegungen zu einer vorausschauenden Arbeitsmarktpolitik, Nürnberg 1974, S. 93 ff.

24) Vgl. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel a. a. O., Kap. II, Zi. 239.

nalisierung), Rohstoff- und Energiebedarf zu erfassen. Angeknüpft werden könnte hier an den Ifo-Investitionstest, die Prognose 100 (Ifo) oder an eine ähnliche Einrichtung wie die EG-Meldestelle für Stahlinvestitionen (Investitionsmeldestelle). Die dort zusammenlaufenden Informationen wären vermutlich geeignet, die Transparenz des Marktes für private und öffentliche Investitionen wesentlich zu erhöhen.

In der Bundesrepublik hat sich seit 1965 verstärkt eine bedenkliche Verschlechterung der Altersstruktur des Anlagevermögens vollzogen, die Konsequenzen für das längerfristige Wirtschaftswachstum haben kann, da technologische Innovationen jeweils über das jüngste Investitionsvolumen Eingang in den Anlagenbestand finden. Derartigen Vermögensbestandsrechnungen haftet so lange etwas Spekulatives an, wie eine amtliche Berechnung des Anlagevermögens in genügend tiefer sektoraler Gliederung (Abstimmung mit den Verflechtungstabellen und der Entstehungsseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung!) fehlt und ausreichende Informationen über die Lebensdauer der einzelnen Investitionen nicht existieren. Hinweise von Großunternehmen deuten darauf hin, daß die effektive Lebensdauer der Ausrüstungen länger ist als die steuerlich anerkannte und daß sie im Zeitablauf nur wenig abnimmt. Nützlich wäre deshalb eine systematische Auswertung der Anlagenkartei der Unternehmen durch das Statistische Bundesamt²⁵). Damit könnte eine empirisch abgesicherte Überlebensfunktion bestimmt und die durchschnittliche Lebensdauer errechnet werden. Eine größere Bedeutung als bisher kommt zukünftig den Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen zu. Zwar werden die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen bereits heute vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft auf freiwilliger Basis erfaßt und veröffentlicht, jedoch nicht in genügender Repräsentativität, Tiefengliederung und Periodizität. Es ist deshalb an der Zeit, daß die amtliche Statistik für ein ähnliches Informationsbild sorgt, wie es für andere Investitionen bereits besteht. Zusätzlich müßte die Patentstatistik den nationalen und internationalen Industriestatistiken vergleichbar gemacht werden.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland zum Zwecke der Rohstofferschließung oder -sicherung, zur Markterschließung oder zur Produktionsverlagerung werden immer wichtiger, und die ausländischen Investitionen und Beteiligungen im Inland steigen. Um die Richtung der zunehmenden weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung besser erkennen zu können, wird es deshalb für die strukturpolitisch

Verantwortlichen nötig, einen detaillierten Überblick über die getätigten Direktinvestitionen im In- und Ausland zu haben. Bisher deckt sich die Branchengliederung nicht mit der Systematik der Industriestatistik, und die Zuordnung von Ländern und Branchen ist nicht möglich.

Daten über ausländische Entwicklungen werden nur mit erheblichen Verzögerungen von internationalen Organisationen veröffentlicht. In diesem Bereich Abhilfe zu schaffen, ist äußerst schwierig. Es wäre aber zu prüfen, inwieweit die Auslandsstatistik des Statistischen Bundesamtes stärker am Bedarf der außenwirtschaftlichen Strukturanalyse und Prognose ausgerichtet werden kann. Beispielsweise könnte es sinnvoll sein, systematisch internationale Länderplanungen zu verfolgen (z. B. Pläne der Ölstaaten und Entwicklungsländer, eigene petrochemische oder Stahlwerke zu errichten). Hieraus ließen sich möglicherweise wertvolle Anregungen für strukturpolitische Prognosen gewinnen.

Lücken der Arbeitsmarktstatistik

Obwohl die amtliche Erwerbstätigkeitsstatistik mit zu den bestausgebauten der westlichen Welt gehört, weist auch die neue Beschäftigungsstatistik noch erhebliche Lücken auf, die vor allem mittel- und längerfristige strukturelle Arbeitsmarktuntersuchungen behindern. Eine der zentralen arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen, „wer übt mit welcher Ausbildung welche Tätigkeit an welchem Arbeitsplatz aus“²⁶), ist bisher nicht zu beantworten, da die Beschäftigtenstatistik primär nach dem sozialen Status differenziert und Angaben über die Qualifikation der Arbeitskräfte, erlernten und ausgeübten Beruf, zusätzliche im Arbeitsleben erworbene Fähigkeiten und Merkmale von Arbeitsplätzen (Arbeitsbedingungen, Arbeitsmittel, Arbeitsort, Arbeitsplatzausstattung wie z. B. Mechanisierungsgrad) fehlen. Auch Niveau, Zusammensetzung und Auslastungsgrad des Arbeitskräftepotentials lassen sich mit den bisherigen Daten nur ungenau ermitteln. Um diesen Zustand zu ändern, sind ein Index der konjunkturellen Beschäftigung²⁷) zu konstruieren und die Voraussetzungen für eine der Produktionspotentialrechnung ähnliche Arbeitskräftepotentialrechnung zu schaffen. Darüber hinaus ist die Tiefengliederung der Erwerbstätigkeitsstatistik der der Input-Output-Tabellen und der der (verbesserten) Wirtschaftsstatistik anzupassen.

²⁵) Vgl. R. Krenzel: Möglichkeiten für die Verbesserung der statistischen Voraussetzungen zur Analyse und Prognose des technischen Wandels, Forschungsbericht für die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Berlin 1971.

²⁷) Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft: Grundfragen der Stabilisierungspolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 44, 1973.